

FREIBERUFLER-TICKER vom 28. August 2020

1. Überbrückungshilfe nachbessern

Im Vorfeld der Sitzung des Koalitionsausschusses am 25. August 2020 platzierte der BFB ein Statement bei der Deutschen Presse-Agentur. Darin forderte BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki mit Blick auf die Überbrückungshilfe zum einen, einen Unternehmerlohn einzusteuern und zum anderen, deren Laufzeit zu verlängern, da gerade auch die in den Freien Berufen typische nachlaufende Rechnungslegung den Effekt haben kann, dass freiberufliche Unternehmen später in Not geraten. Die Meldung fand [medial](#) großes Echo.

2. Aktualisierte Infografik des BMWi zu Corona-Hilfen

Auf seiner Website [veröffentlichte](#) das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) am 26. August 2020 einen aktualisierten illustrierten Überblick zu den bewilligten Finanzierungsvolumen. Insgesamt wurden zum Stichtag 25. August 2020 Corona-Hilfen im Volumen von 69,3 Milliarden Euro genehmigt. Diese setzen sich zusammen aus dem KfW-Sonderprogramm (45 Milliarden Euro), den Soforthilfen für kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler (mindestens 14,3 Milliarden Euro), dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (6,2 Milliarden Euro) sowie den Bürgschaften der Bürgschaftsbanken (856 Millionen Euro) und Großbürgschaften (2,7 Milliarden Euro). Im Rahmen des Überbrückungshilfeprogramms für kleine und mittelständische Unternehmen wurden circa 42.700 Anträge im Volumen von rund 759 Millionen Euro gestellt und davon rund 316 Millionen Euro bewilligt.

3. KfW-Konjunkturkompass

Kräftige Erholung nach Tiefpunkt im April, doch jetzt nimmt der Gegenwind zu – diese Einschätzung stellt das volkswirtschaftliche Kompetenzzentrum der KfW (KfW Research) ihrem aktuellen [Konjunkturkompass](#) voran. So führte die Corona-Pandemie in Deutschland und der Eurozone zu einem historischen Einbruch der Wirtschaftsleistung. Auf den Tiefpunkt im April folgte laut KfW Research eine schnelle Aufholbewegung, deren anfänglich hohes Tempo sich aktuell wieder deutlich verlangsamen dürfte. Nach der relativ mechanischen Erholung durch die Aufhebung vieler Eindämmungsmaßnahmen wird der verbleibende Abstand zum Niveau der Wirtschaftsaktivität vor der Krise immer schwieriger zu überwinden, so die Forscher. Die KfW erwartet für Deutschland 2020 weiterhin einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um rund sechs Prozent, gefolgt von einem Wachstum von fünf Prozent im nächsten Jahr. Das Vorkrisenniveau dürfte bis Ende 2021 wieder erreicht werden. Eine ausgeprägte zweite Infektionswelle hierzulande und in Europa insgesamt bleibt laut KfW Research ein bedeutendes Abwärtsrisiko für die wirtschaftliche Erholung.

4. Gewerbeanzeigen rückläufig

Im ersten Halbjahr 2020 wurden in Deutschland rund 58.000 Betriebe gegründet, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Wie das Statistische Bundesamt nach Auswertung der Gewerbemeldungen am 24. August 2020 [mitteilte](#), waren das 9,4 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2019.

5. ifo Beschäftigungsbarometer erneut gestiegen

Die deutschen Unternehmen fahren ihre Entlassungspläne zurück. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg im August auf 95,4 Punkte, von 93,2 Punkten im Juli. Das [teilte](#)

das ifo Institut am 27. August 2020 mit. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt steht eine Trendwende bevor, so die Forscher. Nachdem in den vergangenen Monaten Entlassungen liefen, sind nun erste Signale für Neueinstellungen sichtbar: In der Industrie ist das Barometer deutlich gestiegen. Dennoch wollen immer noch mehr Unternehmen Mitarbeiter entlassen als einstellen. Im Dienstleistungssektor gibt es erste Anzeichen für Neueinstellungen. Insbesondere in der IT-Branche werden neue Mitarbeiter gesucht. Der Handel ist weiter zurückhaltend bei der Personalsuche und rechnet tendenziell mit Entlassungen. Nur im Bauhauptgewerbe gibt es gegenwärtig kaum Dynamik bei der Beschäftigungsentwicklung.

6. Lage am Arbeitsmarkt stabilisiert sich weiter

Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kommt laut einer [Mitteilung](#) vom 27. August 2020 zur Einschätzung, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter stabilisiert. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer ist im Juli um 0,6 Punkte auf 98,3 Punkte gestiegen. Die Arbeitslosigkeit hat sich gefangen, die Entlassungszahlen haben sich vorerst wieder normalisiert, so die Forscher.

7. Anerkennung von ausländischen Abschlüssen 2019

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) in seiner [Pressemitteilung](#) vom 26. August 2020 informierte, wurden 2019 bundesweit 42.500 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt. Zudem führt Destatis aus, dass die überwiegende Mehrheit dieser Anerkennungen (65 Prozent oder 27.000) auf die medizinischen Gesundheitsfachberufe entfielen. Am häufigsten erfolgten die Anerkennungen im Beruf Gesundheits- und Krankenpfleger mit 15.500. Der zweithäufigste anerkannte Beruf war der Arzt (7.400), gefolgt von länderspezifisch geregelten Berufen Ingenieur (2.800), Lehrer (2.000) und Erzieher mit 900 Fällen. Unter allen 42.500 positiv beschiedenen Anträgen wurden am häufigsten in Syrien erworbene Abschlüsse (4.100) anerkannt, gefolgt von Abschlüssen aus Bosnien und Herzegowina (3.500), den Philippinen (3.000), Serbien (2.900), Polen (2.100) und Rumänien (2.100). Insgesamt bearbeiteten die für die Anerkennung zuständigen Stellen im Jahr 2019 etwa 57.300 Anerkennungsverfahren, darunter 43.100 Neuanträge. Der überwiegende Teil (78 Prozent) der bearbeiteten Verfahren (44.600) entfielen auf bundeseinheitlich geregelte Berufe, 22 Prozent (12.700) auf landesrechtlich geregelten Berufen.

8. Entwicklung der Begabtenförderung

Im Schnitt entwickelt sich die Begabtenförderung in Deutschland langsam aber stetig weiter nach oben. Die meisten Förderungen fanden durch die politisch neutrale und weltanschaulich unabhängige Studienstiftung des Deutschen Volkes mit 12.953 Studierenden in 2019 (2018: 12.752) und 1.321 bei Promovierenden (2018: 1.270) statt. Das schreibt die Bundesregierung in der Antwort ([19/21648](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 25. August 2020 berichtete. Bei den parteinahen Stiftungen gingen die Zahlen den Angaben zufolge in einigen Kategorien leicht zurück. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer Stiftung förderte im vergangenen Jahr 2.719 Studierende, die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung 2.189, die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) kam auf 1.359 und die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung auf 1.076. Die der Linken nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung kam auf 906 Studierende und die Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) auf 949. In Deutschland gibt es laut der Antwort insgesamt 13 Begabtenförderungswerke, die Studierende finanziell und ideell fördern.

9. Bildungsarbeit in Kitas

Trotz der Investitionen in zusätzliche Kita-Plätze und Personal sind die Bedingungen für die pädagogische Arbeit vielerorts noch immer unzureichend. In einem Großteil der Kitas sind die Personalschlüssel und die Gruppengrößen nicht kindgerecht. Während sich die Personalschlüssel zwischen den Bundesländern langsam annähern, unterscheidet sich das Qualifikationsniveau des Personals noch stark. Viele Kitas in Deutschland können ihren Bildungsauftrag nicht oder nur eingeschränkt umsetzen. Diese Bewertungen gehen aus dem [Ländermonitoring](#) „Frühkindliche Bildungssysteme“ und einer zeitgleich veröffentlichten [Studie](#) der Fernuniversität in Hagen hervor, wie die Bertelsmann Stiftung am 25. August 2020 mitteilte. Danach war der bundesweite Personalschlüssel am 1. März 2019 für rund 1,7 Millionen Kita-Kinder nicht kindgerecht. Für 74 Prozent der Kinder in amtlich erfassten Kita-Gruppen stand somit nicht genügend Fachpersonal zur Verfügung. In Ostdeutschland betraf dies 93 Prozent der Kinder, in Westdeutschland 69 Prozent. Im bundesweiten Durchschnitt bedeutet dies, dass 2019 rein rechnerisch in Krippengruppen eine Fachkraft auf 4,2 Kinder kam. In Kindergartengruppen waren es 8,8 Kinder.

10. Zugangsalter Rente

Das durchschnittliche Zugangsalter in Altersrenten ist in Deutschland laut der [Antwort](#) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 25. August 2020 berichtete, von 63 Jahren in 2010 auf 64,9 Jahre in 2014 angestiegen. Anschließend sank es über 64,4 in 2015 auf 64 in den drei Folgejahren. 2019 lag das durchschnittliche Zugangsalter in Altersrenten im Bundesgebiet bei 64,2 Jahren.

11. Digitale Rentenübersicht

Das Bundeskabinett beschloss am 26. August 2020 den [Gesetzentwurf](#) zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen, wodurch es Versicherten künftig ermöglicht werden soll, Informationen zum Stand ihrer gesetzlichen, privaten und betrieblichen Rente in einem Internetportal abzurufen. Das Portal soll schrittweise bis 2023 aufgebaut werden, berichtet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit [Meldung](#) vom 26. August 2020. Mit dem Gesetz sollen darüber hinaus die Sozialversicherungswahlen modernisiert werden. Künftig sollen weniger Unterstützerunterschriften für Vorschlagslisten notwendig sein, und die Frist für die Listenzusammenlegungen wird zeitlich begrenzt. Zudem sollen Frauen und Männer künftig möglichst zu je mindestens 40 Prozent auf den Listen zu den Wahlen der Selbstverwaltungsorgane der Unfall- und Rentenversicherungsträger berücksichtigt werden.

12. Mittelstand ist auf Cyberangriffe schlecht vorbereitet

Obwohl die deutsche Wirtschaft in der Corona-Pandemie auf Home Office und mobiles Arbeiten angewiesen ist, sind viele Unternehmen auf eine Cyberattacke nicht vorbereitet. Das ist das Ergebnis einer Forsa-Umfrage, die der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft am 26. August 2020 [veröffentlichte](#). Laut der Umfrage unter 300 Entscheidern kleiner und mittlerer Unternehmen gelang es nur einem Drittel der bisher angegriffenen Unternehmen, die IT-Systeme innerhalb eines Tages wieder zum Laufen zu bringen. Jedes fünfte Unternehmen benötigte dafür sogar mehr als drei Tage. Das kann gravierende Folgen haben, denn die Abhängigkeit von einer funktionierenden Technik ist hoch: Sechs von zehn befragten Unternehmen (58 Prozent) können bei einem Ausfall ihrer IT-Systeme kaum noch arbeiten. Überdies gab rund die Hälfte der Befragten (48 Prozent) zu, weder einen Notfallplan noch eine entsprechende Vereinbarung mit einem IT-Dienstleister zu haben. In 44 Prozent der befragten

Unternehmen ist niemand explizit für die Sicherheit der IT-Systeme verantwortlich, nicht mal ein Drittel (31 Prozent) sensibilisiert seine Mitarbeiter mit Schulungen für die Gefahren aus dem Internet.

13. Fast jedes zweite Unternehmen nutzt soziale Medien

Knapp die Hälfte der Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten in Deutschland (48 Prozent) nutzten 2019 soziale Medien für das eigene Marketing und den Kundenkontakt. Wie das Statistische Bundesamt am 25. August 2020 [mitteilte](#), ist die Tendenz steigend: 2015 waren es noch 38 Prozent. Der Einsatz von sozialen Medien wie Facebook, Xing, LinkedIn oder Twitter ist abhängig von der Unternehmensgröße: Während 79 Prozent der Großunternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten solche Kanäle nutzten, waren es bei den mittelgroßen Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) 61 Prozent und bei den kleineren Unternehmen mit zehn bis 49 Beschäftigten 44 Prozent. Im europäischen Vergleich lagen die Unternehmen in Deutschland mit 48 Prozent unter dem Durchschnitt der Europäischen Union (53 Prozent) auf Rang 20. Am häufigsten nutzten Unternehmen in Malta (84 Prozent) soziale Medien, gefolgt von Dänemark (75 Prozent) und den Niederlanden (74 Prozent). Die hintersten Plätze des Rankings belegten Polen (37 Prozent), Bulgarien (34 Prozent) und Rumänien (33 Prozent).

14. KfW Award Gründen – Bewerbung bis 21. September 2020

Die KfW Bankengruppe sucht laut einer [Mitteilung](#) vom 27. August 2020 erfolgreiche Unternehmen, die mit innovativen Ideen am Markt bestehen, und vergibt insgesamt 30.000 Euro Preisgeld. Voraussetzung für die Bewerbung ist, dass die Unternehmen nicht älter als fünf Jahre sind und ihren Sitz in Deutschland haben. Eine Jury bewertet die Geschäftsideen nach ihrem Innovationsgrad und ihrer Kreativität. Ausschlaggebend für die Auszeichnung ist zudem, wie umweltbewusst die Umsetzung erfolgt und ob soziale Verantwortung übernommen wird. Überdies fließt der erfolgreiche Umgang mit den Herausforderungen der Corona-Krise in die Beurteilung ein. Dabei werden die Auswirkungen auf Umsätze und Unternehmensergebnis entsprechend berücksichtigt. Prämiert wird ein Unternehmen aus jedem Bundesland. Es erhält 1.000 Euro und konkurriert als Landessieger um den Bundessieg. Dieses Unternehmen erhält zusätzlich 9.000 Euro. Zusätzlich vergibt die Jury einen Sonderpreis, der mit 5.000 EUR Preisgeld dotiert ist. Die Preisträger werden am 25. November 2020 bekannt gegeben.